

Editorial: Krise der (europäischen) Sozialdemokratie

Im Juni 2007 titelte die Tageszeitung taz ironisch „SPD – Kurt Beck deutlich über 5 Prozent“. Die Titelzeile bezog sich auf eine Forsa-Erhebung, die eine hypothetische Kanzler-Direktwahl abfragte und bei der der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck auf lediglich 16 Prozent kam (während Angela Merkel eine Zustimmung von 54 Prozent erreichte). Der Niedergang der deutschen Sozialdemokratie ist also keine neue Erscheinung, entspricht doch der damals gemessene Wert für Beck genau jenem desaströsen Ergebnis, das die SPD bei den EU-Wahlen vom Mai dieses Jahres tatsächlich einfuhr.

Abgesehen von der sozialdemokratischen Glanzzeit, als die Partei unter Willy Brandt bei der Bundestagswahl von 1972 auf 46 Prozent der Stimmen kam, liegen die letzten goldenen Jahre sozialdemokratischer Wählerfolge etwa 20 Jahre zurück. Mit dem Sieg von Gerhard Schröder bei den Bundestagswahlen 1998 (und einem Stimmenanteil von immer noch 41 Prozent) war Deutschland in den 1990er Jahren das letzte große europäische Land, das eine sozialdemokratische Regierung bekam. Bereits 1996 und 1997 regierten in Frankreich, Italien und Großbritannien sozialdemokratische Parteien und ein sozialdemokratischer Siegeszug kündigte sich in der EU an. Ende der 1990er Jahre waren insgesamt dreizehn von fünfzehn EU-Mitgliedsstaaten sozialdemokratisch regiert. Auch viele Linke erhofften sich

nach Jahren neoliberaler Angriffe auf den Sozialstaat eine Wiederherstellung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und eine sozialpolitische Erneuerung der europäischen Integration. Die Einführung der Europäischen Beschäftigungsstrategie oder die engere makroökonomische Koordinierung des Köln-Prozesses fallen in diese Zeit, deren Reformimpulse jedoch bereits Anfang der 2000er Jahre zu bröckeln begannen.

Seither flogen die sozialdemokratischen Parteien in vielen europäischen Mitgliedsstaaten aus den Regierungen und mussten teils deutliche Stimmrückgänge hinnehmen. Zudem war die europäische Sozialdemokratie zerstritten zwischen den VertreterInnen eines europäischen Keynesianismus auf der einen Seite, und denen, die den sogenannten Dritten Weg präferierten, auf der anderen. Mit dem Rücktritt von Oskar Lafontaine als deutschem Finanzminister 1999 und der Wahlniederlage der französischen Sozialisten im Sommer 2002 setzten sich die VertreterInnen einer „Erneuerung des Sozialstaates“ durch. Die sozialdemokratische Achse Berlin-London manifestierte sich in einer „Neu-Interpretation der sozialen Frage“ (Mahnkopf 2000: 498) und in einem Angriff auf Sozialstaat und Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie in ganz Europa unterlag damit einem inhaltlichen wie strategischen Transformationsprozess, der als „Marktsozialdemokratie“ (Nachtwey 2009) bezeichnet werden kann. Die damit einhergehenden Legitimationsdefizite

entfernten die europäischen sozialdemokratischen Parteien von ihrer angestammten Klientel. Fortan wollten sie „Parteien der Mitte“ sein.

Die Krise seit 2008 beschleunigte den sozialdemokratischen Abstieg. In Griechenland schrumpfte die Volkspartei PASOK nach ihrer Regierungszeit zwischen 2009 und 2012 zu einer Kleinstpartei mit 5 Prozent Zustimmung¹. Auch in Frankreich blieb vom Parti Socialiste nach fünf Jahren an der Regierung fast nichts mehr übrig, und das Land wurde nicht nur durch die Umwälzungen des Parteiensystems erfasst, sondern zugleich zerfiel es in zahlreiche Kleinstparteien (Syrovatka 2016). Ein ähnliches Schicksal erlitt die italienische Sozialdemokratie, wo nach der Wahlniederlage über eine Auflösung und Neugründung des ehemals regierenden Partito Socialista diskutiert wird, oder in den Niederlanden, wo Partij van de Arbeid bei den Wahlen 2017 drei Viertel ihrer Mandate verlor.

Zugleich sollen hier die Ausnahmen nicht unerwähnt bleiben, welche sich dem vorherrschenden europäischen Trend offensichtlich entziehen. Zum einen die britische Sozialdemokratie, welche mit der Wahl von Jeremy Corbyn zum Parteivorsitzendem einen deutlichen Linksruck erfuhr, der nicht nur einen Bruch mit der Politik des Dritten Weges bedeutete, sondern zugleich auch fürs erste eine neue politische Dynamik entfachte. Allerdings erscheint die Partei inzwischen aufgrund innerparteilicher Kontroversen wegen der Haltung zum Brexit ebenso wie aufgrund von Antisemitismus-Vorwürfen tief

gespalten, was sich nicht zuletzt auch im Wahlergebnis bei den Europawahlen mit 13 Prozent widerspiegelte. Auch die portugiesische und die spanische Sozialdemokratie, die beide in Regierungsverantwortung stehen, scheinen dem Trend zum Niedergang zu trotzen. Während sich in Spanien eine Koalition zwischen PSOE und der Linkspartei PODEMOS abzeichnet, hat sich der Partido Socialista in Portugal in der von kommunistischer Partei und Bloco de Esquerda gestützten Minderheitsregierung wieder stärker nach links orientiert. Eine ganz andere Strategie verfolgte dagegen die dänische Sozialdemokratie, welche durch einen Rechtsruck, insbesondere in Fragen von Migration und Flüchtlingsaufnahme, wieder stärkste Partei werden konnte.

Der Niedergang der Sozialdemokratie wird seit Krisenausbruch begleitet von einer tektonischen Verschiebung innerhalb des Parteiensystems. So ist in vielen, vor allem nordeuropäischen Ländern, parallel zur Schwäche der Sozialdemokratie ein Aufstieg rechtspopulistischer Parteien zu beobachten. In Skandinavien, aber auch in Deutschland, den Niederlanden oder Österreich fand eine gesellschaftliche Rechtsverschiebung statt, welche auch auf Kosten der sozialdemokratischen Parteien ging. Dies ist vor allem in jenen Ländern auffällig, in denen die Sozialdemokratie aufgrund ihrer historischen Stärke eine prägende Rolle für die Entwicklung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates hatte. Demgegenüber profitierten in den südeuropäischen Mitgliedsstaaten insbesondere Parteien links von der Sozialdemokratie.

Dieses Bild ist für die neuere Zeit noch stärker zu differenzieren, was unter anderem bei den EU-Wahlen deutlich wurde. Die Progressive Allianz der Sozialdemokraten fiel von 185 (2014) auf 154 Sitze (2019) zurück – allerdings war der relative Rückgang bei den immer schon stärkeren

1 Die griechische Sozialdemokratie kam bei den vorgezogenen Neuwahlen des griechischen Parlaments im Juni 2019 auf 7 Prozent, jedoch nur als Bündnis (Kinima Allagis) mit verschiedensten Kleinstparteien.

Christdemokraten kaum geringer – sie kamen 2014 auf 216 und 2019 auf 182 Sitze. Betrachtet man die Ergebnisse der Sozialdemokraten in einzelnen Ländern, so fallen bedeutsame Unterschiede ins Auge. Dramatische Abstürze gab es bei den deutschen WählerInnen, von denen 2014 noch 27 Prozent ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten gemacht hatten, 2019 jedoch nur noch die bereits genannten 16 Prozent. In Italien fielen die Werte von stattlichen 41 Prozent auf 23 Prozent und in Frankreich von bereits niedrigen 14 Prozent auf 6 Prozent. In mehreren kleineren Ländern erwies sich die Zustimmung zur Sozialdemokratie demgegenüber als relativ stabil oder es waren sogar leichte Zuwächse zu verzeichnen: so in Österreich (bei beiden Wahlen rund 24 Prozent), in Schweden (24 bzw. 23 Prozent), in Finnland (12 bzw. 14 Prozent), in Dänemark (19 bzw. 21 Prozent) und in Portugal (34 bzw. 36 Prozent). In Fall der Niederlande fiel die Zunahme, ausgehend von einem eher kläglichen Wert von 9 Prozent, mit einem Anstieg auf 19 Prozent besonders hoch aus, auch in Spanien konnten sich die Sozialdemokraten von 23 auf etwa 33 Prozent steigern (EP 2019).

Die Ambivalenz der Ergebnisse sozialdemokratischer Parteien bei den Europawahlen spiegelt auch ihre innere Zerrissenheit wider. Daher lohnt es sich die Ergebnisse genauer unter die Lupe zu nehmen, insbesondere in jenen zwei Ländern, in denen die Sozialdemokratie zuletzt wieder Wahlerfolge verzeichnen konnte: in Portugal und in Dänemark.

Seit die jahrzehntelange Salazar-Diktatur durch die sogenannte Nelkenrevolution von 1974 überwunden wurde, stellte der Partido Socialista in Portugal eine feste Größe in der dortigen Parteienlandschaft dar. Er kam stets mindestens auf 20 Prozent der Wählerstimmen und erreichte seit Mitte der 1990er Jahre Werte über 40

Prozent. Die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007/8 traf Portugal besonders hart, und die EU setzte auch hier gegenüber dem hochverschuldeten Land die üblichen Daumenschrauben an. Der konservative Premier Passos Coelho nutzte diese Situation, um sich mit einer rigiden Sparpolitik als Musterschüler der sogenannten Troika aus Kommission, EZB und IWF zu profilieren. Nach den Wahlen von 2015 gelang es dem Chef des Partido Socialista, Antonio Costa, eine Minderheitsregierung zu bilden, die von den Kommunisten (PCP), dem Linksblock (BE) und den Grünen (PEV) unterstützt wurde. Ihm ging es darum, „die Tendenz umzukehren“ und die von Brüssel und Berlin aufgezwungene Austeritätspolitik zu beenden: unter anderem, indem die Renten ebenso wie der Mindestlohn angehoben wurden, die Sozialhilfe wieder eingeführt wurde und die Lohn- und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst schrittweise zurückgenommen wurden. Auch der Privatisierungskurs wurde gestoppt und Steuern für Besserverdienende eingeführt. Entgegen den Katastrophenprognosen, die von der EU eifertig verbreitet wurden, zeigte sich eine allmähliche wirtschaftliche Erholung.

Entgegen dem Linksrutsch der portugiesischen Sozialdemokratie schlugen die dänischen Sozialdemokraten unter Mette Frederiksen einen anderen Weg ein. Zwar hatte die Sozialdemokratie in Dänemark traditionell eine starke Stellung und erreichte bis Ende der 1990er Jahre Zustimmungswerte von mehr als 30 Prozent, verlor jedoch seitdem kontinuierlich in der Wählergunst und erlitt 2011 eine historische Wahlniederlage. Zuletzt befand sie sich in einer Koalition mit den Rechtsliberalen und trug den Abbau des Sozialstaates mit. Gleichzeitig stieg die Bedeutung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, wobei ihr Erfolg auf die

in den Augen vieler DänInnen zu liberale Migrationspolitik des Landes zurückgeführt wurde. Dementsprechend schlug die Sozialdemokratie unter Mette Frederiksen einen migrationskritischen Kurs ein und beteiligte sich an den Verschärfungen des Ausländerrechts. Zuletzt wurde eine harte Migrationspolitik zum, zentralen Wahlkampfversprechen der Sozialdemokratie, die ankündigte, jegliche Migration strenger zu begrenzen und die Integration von AusländerInnen stärker staatlich zu kontrollieren. Gleichzeitig sollen sozialstaatliche Maßnahmen aber wieder ausgebaut werden. Mit dieser Strategie konnte die dänische Sozialdemokratie erhebliche Zugewinne verzeichnen und aus den Parlamentswahlen im Juni 2019 sogar als Wahlsieger hervorgehen. Zugleich konnte der Höhenflug der Dänischen Volkspartei gestoppt werden, weshalb einige VertreterInnen der SPD ihre dänische Schwesterpartei zum Vorbild ausgerufen haben.

Mit der Darstellung der beiden Länderbeispiele ist jedoch das breite Spektrum sozialdemokratischer Strategieentwürfe keineswegs erfasst. Sie dokumentieren, wie unterschiedlich heute sozialdemokratische Politik verstanden und auch umgesetzt wird. Sie zeigen zudem auf, dass die sozialdemokratische Parteienfamilie Auswege aus ihrem vermeintlichen Niedergang sucht, die in jedem europäischen Land sehr unterschiedlich aussehen. Dabei wird jedoch deutlich, dass die meisten Parteien „auf Sicht fahren“ und keiner kohärenten Strategie folgen. Vielmehr ist das Dilemma der europäischen Sozialdemokratie, dass sie nach dem „Dritten Weg“ keinen gemeinsamen ideologischen Rahmen mehr hat, der als politisches Projekt eine gewisse utopische Anziehungskraft entfalten könnte. Gerade in Deutschland ist die SPD als Verwalterin einer Großen Koalition vollkommen profillos geworden und hat jegliche

Ausstrahlungskraft eingebüßt. Aus einer Klassenpartei ist eine Regierungspartei geworden – wie Angelo Bolaffi und Giacomo Marramao schon in der PROKLA 47 im Jahre 1982 schrieben – deren Wirksamkeit „[...] als ‘Regierungspartei’ (oder gar als ‘Staatspartei’) zur Beständigkeit ihrer Verankerung in der industriellen Arbeiterklasse nicht in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis steht, sondern sich als direkt proportional dazu erweist“ (Bolaffi/Marramao 1982: 40). Mit dieser These verwarfen sie die damals in der Linken breit vertretene Auffassung, die Sozialdemokratie würde mit der Krise des Fordismus nun an die wahren Grenzen der reformerischen Gestaltbarkeit des Kapitalismus stoßen. Diese objektiven ökonomischen Strukturen würden vielmehr beständig durch sozialdemokratische Interventionspolitik modifiziert und verändert (ebd.: 42), und an dieser Handlungsmacht, die zugleich die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Staat vertrete, hänge die Bedeutung der sozialdemokratischen Parteien. Mit derartigen Positionen veröffentlichte die PROKLA nun Artikel, die der Intention der Staatsableitungsdebatte der 1970er Jahre, welche in der PROKLA geführt wurde, und der es gerade darum ging, derartige „Sozialstaatsillusionen“ zu begraben, diametral entgegengesetzt war. Demgegenüber zeigte sich die PROKLA Redaktion trotz der Veröffentlichung des Artikels von Bolaffi und Marramao doch auch skeptisch gegenüber dieser Position, welche sich in ihren Augen darauf richtete, „der italienischen KP den endgültigen Abschied vom Klassenreduktionismus, also von der Klassenpartei, zugunsten eines italienischen ‘Bad Godesberg’ als politische Strategie nahezu legen, um zur Regierungsfähigkeit zu gelangen“ (PROKLA Redaktion 1982: 6). Mit dieser skeptischen Einschätzung sollte die Redaktion zumindest in Bezug auf die italienische KP recht behalten.

Fragt man den heutigen wissenschaftlichen Mainstream nach den Gründen für den Niedergang der Sozialdemokratie, so lauten die gängigen Formeln: Die Zeit der großen Volksparteien sei vorbei, der Sozialdemokratie sei mit dem Rückgang der eigentlichen Arbeiterschaft ihre traditionelle Klientel abhanden gekommen oder in Zeiten der Globalisierung hätte eine Politik, die auf den nationalen Sozialstaat setzt, keine Umsetzungschancen mehr. Um das Debakel vieler sozialdemokratischer Parteien, in den größeren wie auch in einigen kleineren, jedenfalls in den relativ wohlhabenden EU-Ländern, zu erklären, muss jedoch tiefer gegraben werden. Dies soll in der vorliegenden Ausgabe der PROKLA geschehen, in dem den inneren Widersprüchen und Inkonsistenzen, auf der Ebene sowohl der Programmatik als auch der praktischen Politik nachgegangen wird.

Ingo Schmidt untersucht in seinem Beitrag, welche Bedeutung die theoretischen Entwürfe von Marx, Keynes und Hayek seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Perioden für die deutschen Sozialdemokraten jeweils hatten und immer wieder heftige innerparteiliche Kontroversen auslösten, wie sich also eine ursprünglich dem Marxismus verpflichtete Sozialdemokratie zuerst dem keynesianischen und später dem neoliberalen Zeitgeist anzupassen wusste. Ingo Schmidt kommt zu dem Schluss, die früheren Konzepte hätten sich erschöpft, allerdings befinde sich auch der Neoliberalismus in einer Krise, die zu einer Vielzahl von Protesten verschiedenster Bewegungen und gelegentlichen Erfolgen linker Parteien geführt habe. Diese Kämpfe müssten vernetzt werden und Lernprozesse bewirken, um neue Ideen sozialistischer Programmatik, Organisation und Strategie zu entwickeln.

Armin Puller geht dem auch bei Ingo Schmidt bereits kurz skizzierten „Dritten

Weg“ weiter nach und analysiert die „hybride Identität“ des Blairismus, der den Bruch mit der traditionellen Sozialdemokratie betonte und offen auf den Leistungs- und Wettbewerbsstaat der Neoliberalen setzte, diesen jedoch gleichzeitig mit Bezügen zu Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, Moralismus und humanistischen Werten verbinden wollte, und seine Fortsetzung im „Postblairismus“ fand, ohne dass auch dieser die Unvereinbarkeit beider Logiken aufzulösen vermochte. Die Praxis der blairistischen und postblairistischen Ideologie wird am Beispiel der österreichischen SPÖ und deren Schlingerkurs in den letzten Jahrzehnten exemplifiziert.

Eine ähnliche Hybridität kennzeichnet auf der Ebene der EU die Programmatik der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten. Wie Angela Wigger und Laura Horn aufzeigen, unterstützte diese stets die hegemoniale Politik der Wettbewerbslogik über interne Abwertung durch Lohnmäßigung und Arbeitsmarktflexibilisierung, wie auch den Verteidigungsfonds als Teil der neuen Industriepolitik der EU, sie engagierte sich jedoch gleichermaßen für flankierende Projekte wie das Europäische Sozialmodell und die Europäische Säule sozialer Rechte, verding sich somit in den letzten Jahren in Widersprüchen, wie sie entsprechende sozialdemokratische Projekte auf nationaler Ebene charakterisieren.

Manfred Wannöffel widmet sich der Frage, wie sich wechselnde politische Programmatiken konkret in der Welt der Arbeit niedergeschlagen haben. Der Wiederaufbau der 1950er Jahre war in der Bundesrepublik damit verbunden, dass die Beschäftigten – entsprechend dem Politikmodell der sozialen Demokratie – über starke Gewerkschaften, Tarifvereinbarungen und Betriebsräte eine Sekundärmacht entwickeln konnten, die seit der Krise der 1970er Jahre jedoch zunehmend erodierte.

Die alltäglichen Kooperationszusammenhänge und Solidaritätserfahrungen wurden durch neue Produktionsmodelle von lean production bis zur Plattformökonomie unterminiert, dies alles von entsprechenden politischen Angriffen auf das Modell der sozialen Demokratie orchestriert. Gegenbewegungen müssten also von neuen Allianzen der VerteidigerInnen dieses Konzept, der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen kommen, um den marktliberalen Kräften ein Konzept von sozialer Gerechtigkeit, Kooperation und Solidarität entgegen zu halten.

Ein Einspruch von Stephan Lessenich thematisiert ebenfalls die Krise der SPD, und er sieht für diese Partei, die „sich selbst abschafft“ keinerlei Rettungsmöglichkeiten mehr. Sie habe ihre Zeit gehabt, diese Zeit sei nun abgelaufen: Sie habe sich stets staatstragend bis zum bitteren Ende gezeigt, sich häuslich im „Modell Deutschland“ eingerichtet und gegenüber allen neueren dringenden Herausforderungen wie denjenigen der Einwanderungsgesellschaft und der Klimakrise komplett versagt. „Die Sozialdemokratie hat“, wie es Alex Demirović (2013: 312) in PROKLA 171 formulierte, „kein historisches Projekt mehr“. Im Gegensatz zur Einschätzung von Stephan Lessenich will Janis Ehling in einem weiteren Einspruch die SPD keineswegs komplett aufgeben. Für ihn ist ihre derzeitige Lage ein Symptom der allgemeinen Krise der Linken, und er sieht durchaus Chancen für eine mögliche Erneuerung, etwa über eine stärkere Hinwendung zu den Gewerkschaften, oder über umfassende kulturelle Angebote zusammen mit ihren eigenen Basisorganisationen, um sich so bei der Wählerschaft besser zu verankern.

Markus Wissen setzt in seinem Einspruch an der Debatte über Kollektivierung an, die nach einer Interview-Äußerung des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert

aufflammte. In kritischer Auseinandersetzung mit dem Beitrag von Kai Burmeister (2019) in der PROKLA 195 diskutiert er die Dilemmata gewerkschaftlicher Transformationspolitik in der Automobilindustrie. Dabei erörtert er vor allem die Potenziale einer Strategie der Vergesellschaftung und der Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Obwohl diese auf den ersten Blick die gewerkschaftliche Organisationsmacht in einer wichtigen industriellen Branche zu schwächen scheint, kann sie, so die These des Beitrags, zu einem Hebel der Stärkung von Gewerkschaften als Schlüsselakteuren einer sozial-ökologischen Transformation werden.

Obwohl die Krise der Sozialdemokratie kein allzu neues Phänomen ist, steht das Thema schon seit einigen Jahren auf der To-do-Liste der PROKLA – auch politisch ist es hoch relevant. Im Vergleich dazu ist unser Schwerpunkt recht dünn ausgefallen, fehlen Beiträge zu relevanten Fragen, die wir mitunter in unserem call for papers formuliert hatten, etwa ob Konflikte, die zu einem Niedergang der Sozialdemokratie führen, in ähnlicher Weise die Partei Die Linke betreffen oder welche Mechanismen dazu beitragen, dass es der SPD so schwer fällt, mit dem einst eingeschlagenen sogenannten Dritten Weg zu brechen. Um diese Fragen zu beantworten, bedarf es nicht nur eine Analyse konzeptionell-politischer Fragen, der Programme und des jeweiligen Selbstverständnisses der Parteien, sondern eben auch eine Analyse des Parteiensystems und seiner Funktionsweise. Aber die kritische Parteienforschung hat ihre besten Tage leider bereits hinter sich. Das mussten wir bereits anlässlich der PROKLA 171 feststellen, die den Schwerpunkt „Demokratie und Herrschaft, Parlamentarismus und Parteien“ hatte. Kritische Sozialwissenschaft hat sich zwar in den

letzten Jahren, ja Jahrzehnten, um eine Staatstheorie verdient gemacht, die auch viele Forschungsergebnisse angewendet und kritisch überprüft hat, aber Parteien und Parlamentarismus waren kaum ihr Gegenstand. Ebenso wurde in den letzten Jahren die „Klassenfrage“ wiederentdeckt, aber kaum systematisch dem Zusammenhang von Klassengesellschaft, Parteien und Wahlverhalten, also der sozialen Basis von Parteien nachgegangen – einem Vorhaben, dem, wie Sablowski/Thien (2018: 58) in der PROKLA herausstellen, auch schnell Grenzen auferlegt sind, weil „die heutige empirische Sozialstrukturanalyse und Wahlforschung sich in der Regel nicht an der marxistischen Klassentheorie orientiert, sondern ganz andere Kategorien verwendet.“ Es bleibt also noch viel zu tun.

In einem weiteren Einspruch setzt sich Floris Biskamp mit der neuerdings viel diskutierten Veröffentlichung von Philip Manow Politische Ökonomie des Populismus (2018) auseinander. Er knüpft damit an Diskussionen an, die in der PROKLA bereits in Heft 188 (2017) von Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe aufgenommen und in Heft 190 (2018) durch Dennis Eversberg sowie Thomas Sablowski und Hans-Günter Thien weitergeführt wurden. Floris Biskamp kritisiert den Ansatz von Manow sowohl wegen der begrifflichen Unschärfe seines Populismusbegriffs als auch wegen der weitgehenden Ausblendung der kulturellen Ebene und des insgesamt unterkomplexen Modells, mit dem Manow ökonomische Erklärungen wieder in den Vordergrund rückt und kulturellen Deutungen eine klare Absage erteilt, statt nach einer Vermittlung beider Ebenen zu suchen.

Schließlich betrachten Anna Landherr und Jakob Graf in ihrem Einspruch die aktuellen Debatten um Externalisierungsgesellschaft und imperiale Lebensweise aus

dem Blick der Peripherien des globalen Kapitalismus. Während in den Debatten hierzulande häufig ein Gegensatz zwischen diesen Ansätzen und der Frage nach gesellschaftsinternen Klassenverhältnissen festgestellt wird, zeigt der Einspruch am Beispiel Chiles, dass aus der Sicht der Peripherien globale Ungleichheiten und Klassenverhältnisse schon auf den ersten Blick zusammenfallen. Daraus ließen sich auch neue Möglichkeiten für internationale Bündnisse ableiten.

Christian Frings führt in der vorliegenden Ausgabe eine Debatte fort, die Heide Gerstenberger in PROKLA 192 angestimmt hat. In neueren Beiträgen argumentiert sie, aber auch Marcel van der Linden und Karl Heinz Roth, dass unmittelbare Gewalt und Formen unfreier Arbeit in Kapitalismusanalysen ausgeblendet werde, weil die doppelt freie Lohnarbeit in Marx' Kritik der politischen Ökonomie eine zentrale Stellung einnehme. Die Kritik treffe demnach zwar „den“ Marxismus, nicht jedoch Marx selbst, so Frings. Er versucht zu zeigen, dass Marx an einer radikalen Kritik von Lohnarbeit als einer maskierten und verallgemeinerten Form der Sklaverei festhielt, während dominante Teile der Arbeiterbewegung hingegen die freie Lohnarbeit als „ehrliche Arbeit“ anderen Formen wie dem Lumpenproletariat und den Versklavten gegenüberstellte. Marx konzentriert sich, auch in seiner Kritik an der „Arbeiterbewegung“, auf die Form der Lohnarbeit, weil sie die ideale Mystifizierung und Verschleierung der Ausbeutung im Kapitalismus darstellt.

Literatur

- Bolaffi, Angelo/Marramao, Giacomo (1982): Die deutsche Sozialdemokratie heute – oder die Paradoxa einer Geschäftsführung der Arbeiterklasse. In: PROKLA 12(47):

- 35-54. <https://doi.org/10.32387/prokla.v12i47.1517>
- Burmeister, Kai (2019): Umkämpfte Arbeit in der Automobil-Industrie Das Beispiel Automotiv-Cluster in Baden-Württemberg. In: PROKLA 49(195): 277-294. <https://doi.org/10.32387/prokla.v49i195.1823>
- Demirović, Alex (2013): Keine Zeit mehr. Das Ende des sozialdemokratischen Projekts. In: PROKLA 43(171): 305-316. <https://doi.org/10.32387/prokla.v43i171.272>
- Europäisches Parlament (EP) (2009): Ergebnisse der Europawahlen 2019. URL: <https://europawahlergebnis.eu/>
- Komposopoulos, Jannis (2018): Neue Hoffnung im Süden? In: PROKLA 48(192): 475-488. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i192.917>
- Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 Der Neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit Durch Ungleichheit. In: PROKLA 30(121): 489-525. <https://doi.org/10.32387/prokla.v30i121.757>.
- Nachtwey, Oliver (2009): Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party. Wiesbaden.
- PROKLA Redaktion (1982): Editorial. In: PROKLA 12(47): 5-7. <https://doi.org/10.32387/prokla.v12i47.1513>
- Sablowski, Thomas/Thien, Hans-Günter (2018): Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem? In: PROKLA 48(190): 55-71. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.32>
- Syrovatka, Felix (2016): Rückkehr nach Reims? Frankreichs Sozialdemokratie im freien Fall. In: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Nr. 3/2016.:30-37.

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die regelmäßigen finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.

IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00

BIC: PBNKDEFF

Postbank Berlin